

R 002 Gewerkschaft ver.di

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Kultur für alle - Gegen Kulturabbau

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wirken sich zunehmend dramatisch auf die öffentlichen Haushalte aus. Dies veranlasst in einer ohnehin schon problematischen Situation Landesregierungen und Kommunen zu weiteren gravierenden Einschnitten im Bereich der Daseinsvorsorge, die teilweise zu einem außerordentlichen Abbau finanzieller Leistungen für Kunst- und Kultureinrichtungen führen. Schließungen von Theatern, Museen, Bibliotheken und Musikschulen sowie anderen Kultureinrichtungen sind die Folge. Staatliche Subvention für freie Gruppen und Projekte werden vielerorts halbiert, wesentlich gekürzt oder gestrichen; besonders im Kinder- und Jugendtheaterbereich. Musikschullehrkräften werden die Stundendeputate bei gleicher Bezahlung erhöht oder die Gehälter gekürzt. Realeinkommensverluste bei Künstlerinnen und Autoren sind weitere alarmierende Signale.

Ein wesentlicher Grund für die desaströse Finanzsituation insbesondere der Kommunen sind eine verfehlte Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik die von der Regierung nicht korrigiert wird. Die Mittelstreichungen machen für den Kunst- und Kulturbereich ein grundsätzliches Umsteuern notwendig. Eine Politik, die meint, durch weiteren Lohn-, Gehalts- und Gagenabbau oder die Streichung einschlägiger Zuwendungen für Kultur und kulturelle Einrichtungen die Situation in den Griff zu bekommen, zerstört wesentliche Grundlagen unserer des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Gesellschaft.

Die Freiheit der Künste ist unverzichtbare Voraussetzung für einen demokratisch verfassten Staat und die Gesellschaft. Der mit der Nutzung der Kunstfreiheit mögliche gesellschaftliche Mehrwert wird nur geringe Entfaltungsmöglichkeiten haben, wenn sich die soziale und rechtliche Absicherung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Autoren und Künstlerinnen weiterhin bedrohlich verschlechtern.

Die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an Kunst und Kultur wird durch die Reduzierung oder Streichung von öffentlichen Mitteln für Kultur bei gleichzeitiger Erhöhung der Nutzerpreise weiter eingeschränkt. In Zeiten wachsender Verarmung vieler Bürgerinnen und Bürger dürfen kulturelle und soziale Belange nicht gegeneinander ausgespielt werden. Erschwingliche und vielfältige Kulturangebote und -leistungen, müssen gerade in Zeiten der Krise gewährleistet werden, deshalb fordert der DGB:

- Kultur als Pflichtaufgabe im Grundgesetz und in den Landesverfassungen zu verankern,
- eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen auch in die Lage versetzt, einer gesetzlich verankerten Kulturpflicht nachzukommen,
- die Überprüfung von Gesetzen und Verordnungen sowie aller öffentlichen Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit mit den besonderen Bedingungen des Kulturbetriebs und des künstlerischen Schaffens,
- die Privatisierung von öffentlichen Kunst- und Kultureinrichtungen zu beenden und zurückzuführen,

-
- den Erhalt und Ausbau von Bibliotheken, Artotheken und kommunalen Musik- und Kunstschulen,
 - den Ausbau künstlerischer und musischer Erziehung an öffentlichen Schulen,
 - eine stärkere finanzielle Beteiligung der Länder und Kommunen an der kommunalen Breitenkulturarbeit mit dem Ziel einer Drittfinanzierung durch Länder, Kommunen und Nutzer,
 - den Erhalt und die Weiterentwicklung der Theater, die Einbeziehung der Kinder- und Jugendtheater in öffentliche Trägerschaft sowie die Förderung freier Theater und Theatergruppen,
 - die Verabschiedung eines Gesetzes über das „Künstlergemeinschaftsrecht“,
 - die Absicherung von Ausstellungsvergütungen im Urheberrechtsgesetz,
 - gesetzliche Regelungen der mit der Digitalisierung verbundenen Folgen im Interesse der Urheberinnen und Urheber sowie Leistungsschutzberechtigten,
 - Nothilfefonds des Bundes und der Länder für in Not geratene Kultureinrichtungen und freie Träger der Kulturarbeit,
 - die Umsetzung der „UNESCO-Konvention über den Schutz und die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ entsprechend den im Weißbuch vom Dezember 2009 dargelegten Handlungsempfehlungen aus der Zivilgesellschaft.